

Die Botschaft

AZ 5312 Döttingen
Fr. 1.80

Mittwoch, 13. November 2019
Nr. 133

redaktion@botschaft.ch
Tel. 056 269 25 25



Die Zeitung für das Zurzibiet und angrenzende Gemeinden



SRG-Verwaltungsrat Andreas Schefer bei seinem Referat im Arbeits- und Wohnzentrum.



Der mediale Service public

Andreas Schefer, Präsident der SRG Deutschschweiz, gab beim WFZ-Frühstück einen Einblick in seine Arbeit und beantwortete auch kritische Fragen.

KLEINDÖTTINGEN (chr) – Bei einem reichhaltigen Frühstück trafen sich Vertreter aus Wirtschaft und Politik im Arbeits- und Wohnzentrum AWZ. WFZ-Präsident René Utiger begrüßte das Publikum mit einigen Neuigkeiten zur Regionalstudie der Credit Suisse. Als schlechte Nachricht teilte er mit, dass der Kanton Aargau vom Podest verdrängt wurde, weil Basel Stadt die Unternehmenssteuer stark gesenkt habe. Als positiv erwähnte Utiger, dass die Region Brugg/Zurzach den guten 17. Rang aus 110 Schweizer Regionen erreicht habe. «Vielleicht schaffen wir es einmal noch

in die Top Ten», meinte Utiger, bevor er den Referenten vorstellte.

Einbruch der Werbeerträge

Andreas Schefer, der aus dem Kanton Appenzell stammt und in Uster Mitinhaber einer Unternehmensberatungsfirma ist, war in seiner Eigenschaft als Präsident der SRG Deutschschweiz und Verwaltungsrat der SRG SSR eingeladen. Wie viele Medienunternehmen sei auch die SRG von einem Einbruch der Werbeerträge betroffen.

Herausgefordert war die SRG auch durch die No-Billag-Initiative. «Wir

hatten keinen Plan B, sondern einen Plan Z», erklärte Schefer. Die Annahme der radikalen Vorlage wäre ein sehr starker Eingriff für die öffentlich-rechtlichen Programme gewesen. «Am Vormittag haben wir im SRG-Verwaltungsrat über die Weiterentwicklung des Unternehmens gesprochen, am Nachmittag über den Rückbau, wenn die Initiative angenommen worden wäre.» Zum Glück hätten 71,6 Prozent in der Abstimmung die Vorlage abgelehnt. Weil der SRG mit der Revision des Radio- und Fernsehgesetzes weniger Gebührengelder zur Verfügung ste-

hen, hätten sich die Voraussetzungen trotzdem verändert.

Schefer rief dazu auf, Mitglied des Trägervereins der SRG zu werden und stellte die Organisation genauer vor. 73 Prozent der Gebührengelder stammen aus der Deutschschweiz, nur 43 Prozent stehen für die Deutschschweizer Programme zur Verfügung. «Helvetiaschlüssel» nenne man das Prinzip, weswegen die kleineren Landessprachen überdurchschnittlich viele Gelder erhalten. «Wir erhalten dieses Geld nicht zur freien Verfügung, sondern haben den Auftrag, sachgerecht und ausgewogen zu berichten», betonte Schefer. Der Begriff «4. Gewalt» gefalle ihm nicht, er spreche lieber von einem «Schiedsrichter», erklärte er.

90 Prozent «bad news»

Mit einer Fragerunde wurde das Referat abgerundet. Warum in den Radionachrichten oder im 10vor10 immer 90 Prozent «bad news» zu hören seien, wollte ein Zuhörer wissen. Schefer erklärte, dass

das Aussergewöhnliche eben mehr Aufmerksamkeit erhalte. «Wenn da draussen ein Unfall passiert, gibt es einen Bericht in der Botschaft. Wenn 10 Jahre lang kein Unfall passiert, dann eher nicht.»

«Wenn irgendwo in Zürich 10 Gewerkschafter auf einer Baustelle Missstände anprangern, gibt es grosse Medienberichte», merkte ein Gast aus der Baubranche an, der fand, die grossmehrheitlich korrekt arbeitenden Betriebe würden dadurch ebenfalls in ein schlechtes Licht gerückt. Weiter wurde der Vorwurf erhoben, Sendungen wie Kassensturz oder Rundschau würden immer wieder Sachverhalte falsch darstellen und Leute «in die Pfanne hauen». Schefer rief dazu auf, sich in solchen Fällen zu wehren. «Schreiben Sie mir oder machen Sie eine Beschwerde beim Ombudsmann!» Der Ombudsmann und die Unabhängige Beschwerdeinstanz UBI seien für solche Angelegenheiten da. Und die Berichte würden auch in der Aus- und Weiterbildung der Journalisten eingesetzt um die Qualität zu verbessern.

Mit zwei Flaschen «flüssigem Sonnenlicht für den grauen Novembertag», wie er sagte, bedankte sich René Utiger bei Andreas Schefer.